

## Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

### zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996 – Drucksachen 13/2000, 13/2593, 13/2627, 13/2630 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Unser Land braucht Reformpolitik

Unser Land braucht Zusammenhalt statt Ausgrenzung, Mut für neue Konzepte statt behäbigem „Weiter so“, eine glaubwürdige und hoffnungsvolle Vision von Zukunft statt Sorgen um die Bewahrung des Erreichten. Unser Land braucht eine neue Politik für Chancengleichheit. Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und der Schutz von Umwelt und Natur sind der Dreiklang notwendiger Reformpolitik für eine menschliche Zukunft. Und nur durch Reformpolitik kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden Herausforderungen für diese und die nächste Generation bestehen.

Unser Land braucht eine große Gemeinschaftsanstrengung, um die Zukunft zu gestalten, braucht einen grundlegenden Wechsel der Politik.

2. Wichtige Aufgaben werden vernachlässigt

Der Bundeshaushalt 1996 bietet keine ausreichenden Lösungsansätze für die gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischen Zukunftsaufgaben, insbesondere für den Aufbau und die Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern. Der Regierung fehlen schlüssige Konzepte für die Sicherung einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung unter Berücksichtigung der globalen Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Regierung fehlen sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftige Konzepte zur Überwindung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.

Zentrale gesellschaftspolitische Aufgabenbereiche, die die Bürger unmittelbar betreffen, sind angesichts des Problemdrucks klar unterfinanziert. Dies ist z. T. Resultat eingefrorener oder gar zurückgeführter Ansätze – wie beim sozialen Wohnungsbau und im Forschungsbereich –, z. T. Resultat der Nichtanpassung von Anspruchsgrundlagen – wie beim Wohngeld,

beim Erziehungsgeld und beim Wehrgeld. Gerade die Nichtanpassung von Anspruchsgrundlagen stellt eine nachdrücklich abzulehnende Sanierung der Bundesfinanzen auf kaltem Wege auf dem Rücken der Schwachen in unserer Gesellschaft dar. So ist das Wohngeld seit 1990 nicht an die zwischenzeitlich stark gestiegenen Mieten angepaßt worden, wodurch der Bund den einkommensschwachen Mietern Milliarden DM vorenthalten hat. Die Bundesregierung schreitet mit dieser unsozialen Konsolidierungsstrategie auf dem bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Weg fort und reißt die Gerechtigkeitslücke immer weiter auf. Die Novelle zur Reform der Arbeitslosenhilfe, mit der der Bund insbesondere die Langzeitarbeitslosen treffen wird, setzt die Kette von Einsparmaßnahmen zu Lasten der ohnehin Gebeutelten fort. Diese Neuordnung ist mit allem Nachdruck abzulehnen, auch weil sie die Gemeinden bei der Sozialhilfe milliardenschwer belasten würde und damit verheerende Auswirkungen auf deren ohnehin äußerst angespannte Finanzsituation hätte.

Die Kürzung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit von 8 Mrd. DM auf 4,3 Mrd. DM durch die Koalition ist ein weiterer Mosaikstein im sozialen Zerrbild von Regierung und Koalition. Die Kürzung schränkt den Spielraum für aktive Arbeitsmarktpolitik dramatisch ein. Diese Regierung geht immer mehr zur reinen Verwaltung von Arbeitslosen über, statt endlich mit einem langfristig angelegten Konzept für aktive Arbeitsmarktpolitik einen wirkungsvollen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Von der zugesagten „Offensive für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur“ ist auch im Bundeshaushalt 1996 nichts zu spüren. Lediglich 1,1 % mehr Mittel sind für den Bildungs- und Forschungssetat vorgesehen, die durch die Preissteigerungsrate mehr als aufgezehrt werden. Ohne zusätzliche Mittel können aber neue Themen so gut wie nicht angestoßen werden. Forschungspolitik verkommt unter dieser Bundesregierung zu einer Politik der Mängelverwaltung und des Stopfens von Löchern. Spielraum für neue Maßnahmen wie die überfällige Wiederherstellung der Aufstiegsfortbildung und notwendige Aufstockungen beim Hochschulbau sowie der Förderung von Wissenschaftsorganisationen soll durch die vorgesehene volle Verzinsung der auf einen Schattenhaushalt übertragenen BAFöG-Darlehen gewonnen werden. Diese Pläne werden von den Ländern ebenso wie von den Betroffenen abgelehnt. Sie schrecken nicht nur bedürftige Studierende vom Studium ab, sie führen längerfristig auch zu einer Einschränkung des haushalts- und finanzpolitischen Spielraums, und die Länder werden bei den Gemeinschaftsaufgaben im Hochschul- und Wissenschaftsbereich künftig wesentlich stärker belastet als der Bund.

Die Bundesregierung handelt in der beruflichen Bildung perspektivlos. Sie läßt es zu, daß ausbildungsbereite Jugendliche in den neuen und zunehmend auch in den alten Ländern ohne Qualifizierungschancen bleiben. Ihre Sonderprogramme zu

„Gemeinschaftsinitiativen“ mit den neuen Ländern werden zu spät aufgelegt und stopfen mit außerbetrieblichen Plätzen lediglich Löcher, ohne daß hierdurch der Aufbau eines zukunftsweisenden betrieblichen Berufsbildungssystems in Gang gesetzt wird.

Jahr für Jahr gehen dem Wohnungsmarkt mehr preis- und belegungsgebundene Wohnungen verloren, als durch entsprechenden Neubau hinzukommen. Die Bundesregierung hat es versäumt, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß genügend bezahlbarer Wohnraum „nachwächst“. Im Gegenteil streicht sie gegenüber 1995 abermals den Finanzrahmen für den sozialen Wohnungsbau um 650 Mio. DM zusammen. Dies entspricht einem Rückgang um 23 %. Die Bundesregierung betreibt damit einen konsequenten Rückzug aus der Wohnungspolitik und setzt mit ihrem Rückzug das falsche Signal für private Investoren in der Bauwirtschaft.

### 3. Viel zu hohe Arbeitslosigkeit hat sich verfestigt

Der von der Bundesregierung versprochene Beschäftigungsaufschwung ist ausgeblieben. Das Defizit von nahezu sechs Millionen Arbeitsplätzen ist nicht abgebaut worden. Der verhaltene wirtschaftliche Aufschwung hat keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt gebracht, denn durch die beispiellose Rationalisierungswelle in der deutschen Wirtschaft und den massiven Einbruch der Investitionen in der Rezession sind Hunderttausende von Arbeitsplätzen unwiederbringlich verlorengegangen. Als schwere Hypothek für einen Beschäftigungsaufschwung erweist sich zudem immer mehr die Kaufkraftschwäche breiter Schichten der Bevölkerung aufgrund von Steuer- und Abgabenerhöhungen zum Jahresbeginn 1995.

Die hohe Sockelarbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen, wenn nicht eine, die ökologischen, technologischen und innovativen Potentiale der deutschen Wirtschaft voll ausschöpfende, aktive Wirtschaftspolitik gegensteuert, die im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppierungen zu gestalten ist. Die nach wie vor steigende Konkurswelle und die zunehmende Existenzgefährdung mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern belegen die Notwendigkeit der längst überfälligen Mittelstands- und Existenzgründungsoffensive. In diesem Rahmen müssen zusätzliche Möglichkeiten ergriffen werden, um auf breiter Grundlage mehr Risikokapital für Technologieunternehmen und zur Stärkung der Eigenkapitalkraft kleiner und mittlerer Unternehmen zu mobilisieren.

### 4. Bundesregierung hat Einheit Deutschlands nicht geschafft

Die Bundesregierung hat die Herausforderung, die Einheit Deutschlands herzustellen, nicht bestanden. Auch im sechsten Jahr der deutschen Einheit bestehen nach wie vor grundlegende Strukturunterschiede zwischen Ost und West. Ein Konzept der Bundesregierung zur Lösung der drängenden Probleme gibt es bis heute nicht für die

- extrem hohe Arbeitslosigkeit (rd. 30 % aller ostdeutschen Arbeitskräfte sind ohne reguläres Arbeitsverhältnis),
- fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätze,
- Deindustrialisierung weiter Landstriche,
- Sanierung der Umweltaltlasten,
- immens hohen Altschulden auf kommunale Einrichtungen, bei den Wohnungsbaugenossenschaften und in der Landwirtschaft,
- ständig steigenden Mieten trotz schlechter Wohnqualität,
- Interessengegensätze zwischen (Alt-)Eigentümern und Nutzern,
- Ungerechtigkeiten im Rentenrecht,
- Aufarbeitung von DDR-Unrecht.

Bestimmend für alle Politikbereiche bleibt jedoch, ob es endlich gelingt, den wirtschaftlichen Aufbau Ost soweit zu stärken, daß er zu einer sich selbst tragenden Wirtschaftsstruktur führt. Alle Sachverständigen stellen heute fest, daß von einem breiten, selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland noch keine Rede sein kann. Die Wachstumsraten der letzten Jahre sind nicht das Ergebnis eines eigenständigen, selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, sondern Ergebnis der hohen Transferzahlungen in die neuen Bundesländer. Allerdings dürfen auch die positiven Wirkungen der Transferzahlungen auf Wachstum und Beschäftigung in den alten Bundesländern nicht übersehen werden.

#### 5. Unsolide Finanzpolitik hat in die Zinsfalle geführt

Ein gerüttelt Anteil Schuld an der Krise von Wirtschaft und Gesellschaft trägt die Finanzpolitik. Die Bundesregierung steckt nach wie vor tief in der Glaubwürdigkeitskrise, in die ihre Finanzpolitik nach der Wiedervereinigung durch Wortbruch, Täuschung, Verschleierungsversuche und Fehleinschätzungen geraten ist. Der Haushaltsentwurf für 1996 und die Mißachtung des Rechts auf seine umfassende parlamentarische Beratung einschließlich der nachträglichen Änderungen haben diese verhängnisvolle Entwicklung fortgesetzt. Die Bundesregierung ist mit ihrer unsoliden Finanzpolitik, der einschließlich der Schattenhaushalte über Jahre viel zu hohen, zinsschädlichen Verschuldung sowie ihrer Inkompetenz in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu einem destabilisierenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung geworden.

Die Schuldenberge wachsen immer dramatischer an. Ende 1996 beträgt die Verschuldung des Bundes bereits 821 Mrd. DM und ist damit seit der Wiedervereinigung um über 50 % gestiegen. Die Verschuldung ist mehr als doppelt so hoch wie die Steuereinnahmen des Bundes eines Jahres. Außerdem muß die Bundesregierung für die Verschuldung ihrer Schattenhaushalte einstehen, die Ende 1996 rd. 557 Mrd. DM erreicht. Dieser zweite Schuldenberg des Bundes hat sich damit seit der Wie-

dervereinigung nahezu verzehnfacht. Die Gesamtverschuldung des öffentlichen Bereichs erreicht einschließlich der Länder und Gemeinden Ende 1996 einen Schuldengipfel von 2 135 Mrd. DM, d. h. vom Säugling bis zum Greis ist jedem Bürger rechnerisch eine Schuldenlast von 26 358 DM aufgebürdet.

Der Haushalt steckt in der Zinsfalle. Der hohe Schuldenzuwachs des Bundes und seiner Schattenhaushalte führt zu einem starken Anstieg der Zinsbelastung, die den Spielraum zur Gestaltung der Zukunftsaufgaben immer mehr einengt. So muß der Bund 1996 rd. 92 Mrd. DM Zinsen zahlen. Reichten 1990 noch 12,6 % der Steuereinnahmen des Bundes – jede achte Steuermark –, um seine Zinsverpflichtungen zu bedienen, muß er 1996 26,1 %, d. h. schon mehr als jede vierte Steuermark für Zinsen aufwenden. Diese dramatische Verdoppelung zeigt, in welche Finanzklemme sich die Bundesregierung mit ihrer unsoliden Finanzpolitik zu Lasten der Zukunftsaufgaben manövriert hat. Die Gefahr der Erdrosselung jeder gestaltenden Politik wird in den nächsten Jahren angesichts der Finanzlöcher weiter zunehmen.

In diese beklemmende Situation hat die Bundesregierung die Staatsfinanzen manövriert, weil sie konzeptionslos sich in Verschuldung und Abgabenerhöhungen geflüchtet hat, statt endlich eine gesellschaftspolitisch tragfähige Konsolidierungsperspektive aufzuzeigen. Die bisherigen Einsparungen sind angesichts ihrer offensichtlichen Sozial- wie Beschäftigungsunverträglichkeit weitgehend untauglich oder halbherzig. Ein konsequenter Abbau der ungerechtfertigten Steuersubventionen sowie die entschiedene Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität könnten schon bald zu erheblichen Steuermehreinnahmen führen. Symptomatisch für diese Bundesregierung ist, daß sie in ihrem eigenen Bereich nur unzulänglich spart, während sie den Bürgern hohe Opfer abverlangt. So wird die völlig übersetzte Zahl von 27 Parlamentarischen Staatssekretären beibehalten, und die völlig überhöhten Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, die im wesentlichen der Regierungspropaganda dienen, betragen auch 1996 wieder rd. 450 Mio. DM.

#### 6. Steuerpolitik der SPD ist erfolgreich

Die SPD hat in den vergangenen Monaten wichtige steuerpolitische Erfolge erzielt. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 konnten bei der Erhöhung des Grundfreibetrags zur Steuerfreistellung des Existenzminimums und bei der Reform des Familienleistungsausgleichs gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Bundesregierung deutliche Verbesserungen erreicht werden: Rund 95 % aller Eltern erhalten 1996 für das erste und zweite Kind ein Kindergeld von monatlich 200 DM (ab 1997 von 220 DM), 300 DM für das dritte Kind und 350 DM für jedes weitere Kind. Der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, wollte dagegen an dem bisherigen System festhalten und lediglich das Kindergeld ab dem zweiten Kind geringfügig anheben. Ein weiterer Erfolg der SPD-Steuerpolitik ist die weitgehende Übernahme ihres Modells der einkom-

mensunabhängigen Umgestaltung der steuerlichen Wohneigentumsförderung.

#### 7. Reformpolitik braucht Leitlinien

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor einer großen Herausforderung, die mit den Rezepten der Vergangenheit nicht zu bewältigen ist. Notwendig ist ein Wechsel zu einer Politik sozialer und ökologischer Reformen und eine Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Kräfte unserer Gesellschaft müssen zu einer großen Gemeinschaftsanstrengung zusammengeführt werden, um die Entwicklung unseres Landes auf eine neue dauerhafte Grundlage zu stellen. Leitlinie dafür sind folgende Grundprinzipien:

- Wir brauchen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Nur wer dafür sorgt, daß Lasten und Chancen gerecht verteilt werden, ist in der Lage, die Spaltung unseres Landes zu überwinden. Die Bundesrepublik Deutschland soll zum Modell für eine gerechte Gesellschaft gemacht werden.
- Eine leistungsfähige Wirtschaft ist Grundlage des Wohlstands für ganz Deutschland. Deshalb müssen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland dauerhaft gestärkt und Ostdeutschland als Industriestandort entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist die Sicherung eines hohen Qualifikations- und Bildungsniveaus. Deshalb brauchen wir eine Bildungs- und Technologieoffensive.
- Die ökologische Modernisierung ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges. Eine Politik der ökologischen Erneuerung kann der Industriegesellschaft eine neue Zukunft geben. Um die ökologische Effizienz zu steigern, müssen Rohstoffe, Energie und andere Umweltgüter drastisch eingespart werden. Die Schwerpunkte hierfür sind eine effiziente und solare Energieversorgung, ein umweltverträgliches Verkehrssystem und eine ökologische Stoffwirtschaft.
- Nicht alles, was wünschenswert ist, ist finanzierbar. Der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand ist so eng geworden, daß brennende gesellschaftliche Probleme nicht mehr einfach durch quantitative Ausweitung der Staatsausgaben, sondern nur noch durch einen qualitativen Umbau und durch Beschränkung auf das Wesentliche gelöst werden können.
- Der soziale Friede ist eine Produktivkraft ersten Ranges. Im ständigen Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen muß der soziale Konsens hergestellt werden.
- Überzogene Ansprüche an den Staat müssen aufgegeben werden. Die Politik darf auch nicht den Eindruck erwecken, alle Probleme lösen zu können. Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden. Längst nicht alles, was heute durch staat-

liche Institutionen geleistet wird, kann nur durch den Staat vernünftig erledigt werden. Viele Aufgaben können ebenso gut oder besser durch die Bürgerinnen und Bürger selbst, durch gesellschaftliche Initiativen oder durch die Wirtschaft wahrgenommen werden.

- Wir brauchen einen modernen, innovativen Staat, der sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert: Sicherung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte, Abwehr ökologischer Gefahren, Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen, Gewährleistung eines modernen Bildungswesens und einer leistungsfähigen Infrastruktur. Um den Staat handlungsfähiger zu machen, ist eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung notwendig. Ziel muß die leistungsfähige und bürgernahe öffentliche Verwaltung sein, die ihre Aufgaben rechtmäßig, wirtschaftlich, sozial und umweltverträglich erfüllen kann. Ein wesentlicher Aspekt der Modernisierung ist zudem die Stärkung der Dienstleistungs- und Kundenorientierung. Dazu brauchen wir eine effizientere Organisation und ein modernes Management, mehr Kostentransparenz und eine ständige Aufgabenkritik.
- Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß der Staat für innere Sicherheit sorgt. Dazu bedarf es einer realistischen Einschätzung der Kriminalität und einer angemessenen Ausstattung insbesondere der Polizei, damit sie umfassend Straftaten vorbeugen und ggf. verfolgen kann. Eine immer weitergehende Privatisierung des Kriminalitätsrisikos, die sich nur Wohlhabende leisten können, darf es nicht geben.
- Die Politik muß ihrer Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden. Deshalb muß sie für eine langfristig vertretbare Entwicklung sorgen, die unseren Kindern und Enkeln keine unerträglichen Erblasten durch zerstörte Umwelt und übermäßige Staatsverschuldung hinterläßt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Ausgehend von diesen Feststellungen ist die Struktur des Bundeshaushalts zu ändern. Dabei müssen folgende Maßnahmen im Mittelpunkt stehen:

### 1. Die deutsche Volkswirtschaft für die Zukunft fit machen

Die deutsche Volkswirtschaft leistungsfähiger zu machen, den Investitionsstandort Deutschland in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, erfordert angesichts der schleppenden Konjunkturerholung eine handlungsfähige und zukunftsweisende Wirtschaftspolitik. Durch ein Bündel von Maßnahmen ist die Innovationskraft deutscher Unternehmen zu stärken, eine Offensive in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Qualifizierung zu ergreifen, die ökologische Steuerreform als Einstieg in den ökologischen Umbau der Wirtschaft in Angriff zu nehmen sowie die notwendige Existenzgründungsbewegung in Gang zu setzen. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Dienstleistungsbereichen sowie

die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen sind weitere dringliche politische Zukunftsaufgaben, die jetzt angepackt werden müssen.

Im Sinne dieser Zielsetzungen muß die Bundesregierung in den eingeleiteten Branchendialogen im Konsens von Wirtschaft und Gewerkschaften konkrete Konzepte entwickeln, mit deren Hilfe die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftsbereiche durch neue Produkte, Produktionsverfahren und Arbeitsmethoden im Sinne der Humanisierung des Arbeitslebens vorangebracht werden kann.

Um der zunehmenden Globalisierung der Märkte und dem verschärften Wettbewerb in wichtigen Weltregionen Rechnung zu tragen, muß die Bundesregierung im Dialog mit der Wirtschaft und ihren Organisationen eine Außenwirtschaftskonzeption vorlegen, in der alle Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung gebündelt und die verschiedenen Aktivitäten von Bund, Ländern und Wirtschaft zusammengeführt werden. Die vom Bund bereitgestellten Mittel sind ferner bedarfsgerecht aufzustocken, effizienter einzusetzen und vor allem auf die Unterstützung mittelständischer Unternehmen auf Auslandsmärkten zu konzentrieren. Ferner sind geeignete Maßnahmen für ein „Standortmarketing“ für den Investitions- und Technologiestandort Deutschland zu ergreifen. Um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten herzustellen und den globalen Umweltschutz sowie die weltweite Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen, hat die Bundesregierung im Rahmen von EU und WTO dafür einzutreten, daß ökologische und soziale Standards entwickelt und im Welthandelsabkommen verankert werden.

Um die notwendige Existenzgründerbewegung anzustoßen, sind die bestehenden Förderungen effizienter und zielgenauer einzusetzen und zusätzliche Verbesserungen der gesetzlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere zur Mobilisierung von Risikokapital einzuführen.

Eine starke Nachfrageseite ist eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung des Wettbewerbs. Die umfassende Information und Beratung der Verbraucher und Verbraucherinnen ist daher unverzichtbar. Eine Verringerung der Bundesmittel für Verbraucherorganisationen ist damit nicht vereinbar.

Durch eine gerechtere Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt, Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

## 2. Aktive Beschäftigungspolitik forcieren

Bemühungen um einen deutlichen Anstieg der Beschäftigung ist Vorrang einzuräumen. Ein wesentliches Element dazu ist die Stärkung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten durch Entlastung bei Steuern und Abgaben. Neben der Schaffung neuer industrieller Arbeitsplätze kommt es darauf an, im Dienstleistungsbereich neue Beschäftigungsfelder zu eröffnen. Dafür sind zum einen hemmende Marktschranken in wichti-



gen Bereichen, z. B. der freien Berufe, der Telekommunikationsdienste, der Verkehrs- und Transportdienste und anderer Dienstleistungen, abzubauen und zum zweiten in bestimmten Bereichen, wie den sozialen, pflegerischen, ökologischen und kulturellen Dienstleistungen, durch öffentliche Fördermaßnahmen Arbeitsplätze sowie neue Berufsbilder und damit auch neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Um im Bereich der Montanindustrie massive Arbeitslosigkeit zu vermeiden, ist die soziale Flankierung nach dem geltenden Arbeitsförderungs-gesetz 1995 und dem Artikel 56 Abs. 2 des Montanvertrages fortzusetzen. Die Arbeitsplätze im Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe sind durch ein wirksames Entsendegesetz gemäß dem Entwurf der Fraktion der SPD zu schützen.

Der Bundeshaushalt läßt arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Initiativen jedoch weitgehend vermissen. Noch stärker als bisher dominiert die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, statt die Mittel produktiv einzusetzen. Zu fördern ist Arbeit statt Arbeitslosigkeit entsprechend dem Entwurf der Fraktion der SPD für ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz. Eine Steigerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist das Gebot der Stunde. Mit einem zusätzlichen Mitteleinsatz von saldiert knapp 1 Mrd. DM können 130 000 Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzlich gefördert werden. Dies schafft produktive Werte, bewahrt das Selbstwertgefühl der Betroffenen und gibt ihnen wieder eine berufliche Perspektive. Um der überproportional hohen Arbeitslosigkeit von Frauen gerade auch in den neuen Ländern entgegenzuwirken, ist eine bindende Quote für Frauen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit einzuführen. Besonders dramatisch ist die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit. Bereits heute sind 1,2 Millionen Männer und Frauen ein Jahr und länger arbeitslos, und ihr Anteil an den Arbeitslosen wächst ständig. Der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit darf sich nicht auf Sonderprogramme beschränken, er muß – entsprechend den Vorschlägen der SPD – vordringliche Pflichtaufgabe der Arbeitsämter werden. Nach den mehrmaligen Verschlechterungen ist es aber bei der derzeitigen Rechtslage immer schwerer, den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wesentlich zu steigern und beispielsweise genügend geeignete Träger zu gewinnen.

### 3. Bildungs- und Forschungsinitiative starten

Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ist dem fachlich anerkannten Bedarf entsprechend auszuweiten und die Zurückhaltung bei der Suche nach alternativen Finanzierungsformen aufzugeben. Die Verlängerung des Hochschulsonderprogramms I für überlastete Studienfächer ist ebenso wie die Fortsetzung der auf der Grundlage des Einigungsvertrages begonnenen Maßnahmen zur Integration von doppelt evaluierten Wissenschaftlern aus den ehemaligen Akademieinstituten an die Hochschulen zu gewährleisten. Auch die Mittel für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und insbesonde-

re die Frauenförderung (Hochschulsonderprogramm II) müssen aufgestockt und auf die neuen Länder ausgedehnt werden.

Zur Rettung des in die Krise geratenen dualen Systems sind ein gerechter Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben ebenso erforderlich wie Anreize für Betriebe, die neue Ausbildungsplätze schaffen und die Förderung ausbildender Betriebe im Rahmen der Industrie- und Gewerbeförderung. Die Bundesregierung vernachlässigt nicht zuletzt den Ausbau der Weiterbildung zum vierten Bildungsbereich. Die Aufstiegsfortbildung ist so zu gestalten, daß sie zur Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung führt.

Wir brauchen eine neue Gründerwelle. Doch die Rahmenbedingungen behindern in Deutschland die Wachstumsprozesse junger Unternehmen. Banken sind heute kaum bereit, junge Technologieunternehmen zu finanzieren, wenn das Unternehmen noch keine Erfolge am Markt nachweisen kann und nicht über die banküblichen Sicherheiten verfügt. Der Aufbau einer attraktiven Finanzierungsinfrastruktur für solche Unternehmen ist gezielt zu fördern und Risikokapital steuerlich zu begünstigen.

Für Multimedia-Pilotprojekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Verwaltung müssen ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Die von der Regierung zurückgefahrenen Technikfolgenabschätzung ist auszubauen, denn sie kann technologische Fehleinschätzungen vermeiden und dabei sowohl gesellschaftliche wie wirtschaftliche Entwicklungspfade aufzeigen.

#### 4. Den wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands voranbringen

Zum raschen wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß in Ostdeutschland mit Hilfe massiver staatlicher Unterstützung gibt es keine echte Alternative. Um den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern erfolgreich zu gestalten, bedarf es auch in den kommenden Jahren eines verlässlichen, auf mittlere Frist angelegten Präferenzgefälles zu Westdeutschland. Insbesondere müssen Investitionen in den neuen Ländern weiterhin steuerlich deutlich günstiger gestellt werden als Investitionen in den alten Bundesländern. Laufen staatliche Fördermaßnahmen in nächster Zeit aus, wie die Bundesregierung dies plant und wie es häufig in der öffentlichen Debatte gefordert wird, dann werden die öffentlichen Transferleistungen von West nach Ost vermutlich noch höher, weil ein abgebrochener wirtschaftlicher Aufbau prozeß zu noch höheren Arbeitslosenzahlen und damit steigenden Sozialleistungen führen wird.

Der Wildwuchs staatlicher Förderprogramme führt zu Bürokratismus, Richtlinienwirrwarr, Antragshürden, Überschneidungen und unübersichtlichen Zugangsverfahren, die den Weg zu einer wirksamen Förderung verbauen. Den Investoren in Ostdeutschland stehen mehr als 520 Programme mit über 700 Einzelmaßnahmen zur Auswahl. Diesem bürokratischen Exzeß muß bald ein Ende gesetzt werden. Es ist deshalb drin-

gend erforderlich, daß sich die Bundesregierung mit den Landesregierungen und den Kommunen in Ostdeutschland auf ein umfassendes, tragfähiges, mittelfristig angelegtes Förderkonzept für die ostdeutsche Wirtschaft verständigt. Dieses Förderkonzept ist mit den EU-Hilfen für Ostdeutschland abzustimmen. Vorrangiges Ziel muß es sein, in den Förderdschungel klare Schneisen zu schlagen, damit die Fördermittel auch dorthin kommen, wo sie gebraucht werden. Die Vielzahl der Programme ist zu einer kleinen Zahl von Sonderprogrammen mit transparenten Zusatzbedingungen zusammenzufassen. Die verschiedenen Maßnahmen zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten lassen sich ebenso zu einem Sonderprogramm bündeln wie die Förderung von Existenzgründungen, die Förderung zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen und die überregionale Absatzförderung.

#### 5. Ökologischer Umbau wichtigste Strukturreform

Die ökologische Krise im Osten wie im Westen verschärft sich. Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit und zur Schonung der knappen fossilen Ressourcen ist eine neue Umweltpolitik unerlässlich. Im Mittelpunkt müssen dabei die Umstrukturierung der Energieversorgung, die Neuordnung des Verkehrssystems und der Übergang zu einer ökologischen Stoffwirtschaft stehen. Die Bundesrepublik Deutschland steht weltweit in der Spitzengruppe des Energieverbrauchs mit den bekannten negativen Konsequenzen für Klima- und Umweltschutz. Deshalb haben wir eine internationale Verpflichtung, unseren Energieverbrauch absolut zu senken und alle Chancen der Energieeinsparung und der rationellen Energieverwendung auszunutzen.

Der ökologische Umbau der Volkswirtschaft ist die wichtigste Strukturreform für die Zukunft unseres Landes. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß mit dem Kampf gegen die nationalen und globalen Gefährdungen für Klima, Umwelt, Ressourcen, Gesundheit und natürlichen Lebensgrundlagen verbunden werden. Dazu ist eine ökologische Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik notwendig. Leitmotiv dabei muß sein: Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben auf der einen und schrittweise und berechenbare Anhebung der Preise für den umweltschädlichen Energieverbrauch auf der anderen Seite. Durch die volle Rückgabe des Steueraufkommens an Bürger und Wirtschaft ist sicherzustellen, daß die ökologische Steuerreform nicht zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung führt. Zudem ist unser gesamtes Steuersystem mit dem Ziel einer umweltgerechten Ausgestaltung ökologisch zu durchforsten. Hierzu sind steuerliche Regelungen zu beseitigen, die sich für den ökologischen Strukturwandel hemmend auswirken. Statt dessen wollen wir ökologische Investitionen mit stärkeren steuerlichen Anreizen bzw. Zuschüssen fördern. Der Umstrukturierungsprozeß muß ferner durch ein weiterentwickeltes, auch produktbezogenes Umwelthaftungsrecht und durch klare ordnungsrechtliche Ge-

bote und Verbote auf der Basis von ökologischen Qualitätszielen vorangebracht werden.

Mit einem Zukunfts- und Investitionsprogramm für Klimaschutz, ökologische Wirtschaftsmodernisierung und Arbeitsplätze in Deutschland muß die Nutzung der Energiesparpotentiale und der erneuerbaren Energien verstärkt gefördert werden, um die Zielvorgabe der 25%igen CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis zum Jahr 2005 zu realisieren und den Ausstieg aus der Kernenergienutzung zu ermöglichen. Zur Erkundung von Standorten zur Sicherstellung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. In allen Bundesressorts müssen alle Ausgaben auf ihre Umwelt- und Naturverträglichkeit überprüft werden. Umweltschützende Investitionen sind zu Lasten umweltschädlicher Subventionen und Fördermittel zu verstärken. In den Ministerien, nachgeordneten Behörden und Dienststellen des Bundes ist ein Umwelt-Audit nach Maßgabe der EG-Öko-Auditverordnung durchzuführen, um vorbildhaft den betrieblichen Umweltschutz zu verbessern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist jetzt schon zu über 60 % von Importenergien abhängig, die z. T. aus politisch unsicheren Regionen kommen. Unsere Abhängigkeit von Importen darf nicht zu groß werden, und deshalb muß ein dauerhafter Beitrag der heimischen Stein- und Braunkohle zur Energieversorgung gesichert werden.

#### 6. Für konsequenten Naturschutz

Die heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie deren Lebensräume sind zu erhalten und die geschädigten Bereiche wiederherzustellen, damit langfristig ein Funktionieren des Naturhaushalts gesichert ist. Dies umfaßt nicht nur Tier- und Pflanzenarten, sondern auch die Erhaltung sauberen Trinkwassers, gesunder Böden und intakter Oberflächengewässer. Die Schädigungen von Ökosystemen haben ein nicht mehr tolerierbares Maß erreicht.

Die hierfür notwendigen gesetzgeberischen Instrumente sind zu schaffen, wie ein wirksames Bundesnaturschutzgesetz, das auch die bestehenden europäischen Vorschriften, wie die Flora-, Fauna-, Habitatrichtlinien, in Deutschland umsetzt. Die in Rio von der Bundesrepublik Deutschland mitbeschlossene Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt ist umzusetzen. Wir brauchen mehr großflächigen Naturschutz, um diese Ziele zu erreichen. Es müssen mindestens 10 % der Fläche der Bundesrepublik Deutschland vorrangig für die Erhaltung der Natur gesichert werden.

#### 7. Für eine zukunftsgerichtete Agrarpolitik

Mit der Realisierung des EU-Binnenmarktes und noch mehr seit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik 1992 sind Schwächen in den landwirtschaftlichen Strukturen bei uns sichtbar geworden. Strukturpolitische Konzepte und Programme sind deshalb mehr denn je vonnöten. Vor allem dürfen die öffentlichen Mittel zur Verbesserung der Wettbewerbssituation

der landwirtschaftlichen Unternehmen nicht weiter gekürzt werden.

Die einseitige Begünstigung der Marktfruchtbetriebe durch die EU-Agrarreform ist im Interesse einer nachhaltigen Landwirtschaft abzubauen und statt dessen die arbeitsintensivere Veredlungsproduktion mit hohen Beschäftigungseffekten in den ländlichen Räumen zu begünstigen. Die milcherzeugenden landwirtschaftlichen Unternehmen müssen jetzt erfahren, wie die künftige Milchmarktpolitik in der EU und in Deutschland nach Auslaufen der jetzigen Regelungen im Jahr 2000 gestaltet werden soll, damit sie sich rechtzeitig unternehmerisch darauf einstellen können.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ist so auszurichten, daß noch mehr als bisher ökologischen Zielen Rechnung getragen werden kann. Dies muß insgesamt für die Agrarpolitik gelten. Sie ist so zu gestalten, daß ein wirksamer Naturschutz durch eine umweltverträgliche Landwirtschaft ermöglicht wird. Gleichzeitig muß durch eine Veränderung der Aufgaben der Gemeinschaftsaufgabe der Küstenschutz eine höhere Bewertung erhalten.

Hinsichtlich der Altschulden in der Landwirtschaft der neuen Länder haben die Rangrücktrittsvereinbarungen vorübergehende Erleichterungen geschaffen. Dennoch müssen zur längerfristigen Stabilisierung von Beschäftigung in ländlichen Räumen weitergehende Regelungen Platz greifen. Altschulden, denen kein Gegenwert gegenübersteht, müssen vom Erblastentilgungsfonds übernommen werden.

Die Probleme in der Fischerei werden Jahr für Jahr größer. Allein mit Überprüfungen, Sanktionsmaßnahmen oder Reduzierungen der gesamten Fischfangquoten läßt sich dieses Problem nicht lösen. Ausbau der Fischereiforschung, konsequente Ressourcenschonung und eine Neuorientierung der europäischen Fischereipolitik sind erforderlich.

#### 8. Für eine neue Verkehrspolitik

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik, die den berechtigten Wunsch nach individueller Bewegungsfreiheit mit dem Schutz von Leben und Umwelt in Einklang bringt. Dringend geboten ist ein integriertes Verkehrskonzept mit den Zielen Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Optimierung der Verkehrsströme. Bahn und Binnenschifffahrt müssen Vorrang erhalten. Die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Schiene sind abzubauen. Die Schieneninfrastruktur muß verbessert werden, weitere Streckenstilllegungen müssen unterbleiben. Auch müssen endlich Bundesmittel für den Lärmschutz an bestehenden Schienenstrecken bereitgestellt werden. Die Seeschifffahrt darf nicht kaputtgespart werden. Ohne eine Aufrechterhaltung des Finanzbeitrages an die Seeschifffahrt ist eine völlige Ausflaggung deutscher Seeschiffe in Fremddregister kaum zu verhindern.

Die geplante Magnetschwebbahnverbindung Hamburg–Berlin stellt eine verkehrspolitische Fehlinvestition dar. Diese Strecke würde auf Dauer im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz eine inkompatible Insellösung darstellen und ist standortpolitisch absurd. Das Finanzierungskonzept für diese Strecke ist aus finanz- und haushaltspolitischen Gründen nicht vertretbar.

#### 9. Für soziale Wohnungspolitik

Angesichts des von vielen Seiten prognostizierten Rückgangs der Baukonjunktur ist ein antizyklisches Engagement des Staates gerade im Wohnungsbau notwendig. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind aufzustocken. Die angestrebte Spar- und Konsolidierungspolitik des Bundes erweist sich an dieser Stelle als zu kurz gedacht.

Dies trifft auch für den Bereich der Städtebauförderung zu: Statt nach dem nahezu umfassenden Verzicht auf die Städtebauförderung im Westen nun auch die Fördermittel in den neuen Bundesländern drastisch um 100 Mio. DM zu kürzen, sind diese Mittel aufzustocken. Ökonomisch ist dieser kontinuierliche Abbau der Städtebaufördermittel nämlich unsinnig, da die Städtebauförderung eine Investitionshilfe mit erheblichen konjunktur-, struktur- und beschäftigungspolitischen Wirkungen darstellt.

Das Wohngeld ist zu erhöhen. Der Deutsche Bundestag nimmt nicht hin, daß das Wohngeld weiterhin auf dem Stand der vergangenen Jahre eingefroren wird, obwohl die Bundesregierung – namentlich der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – wiederholt die Absicht bekräftigt hat, das Wohngeld den seit 1990 um bis zu 30 % gestiegenen Mieten anzupassen. Das gemeinsam mit der Fraktion der SPD verabschiedete Mietenüberleitungsgesetz sieht ausdrücklich eine erste Anpassung bereits in 1996 vor, ohne daß der Haushaltsplan des Bundes entsprechende Signale setzt.

Die für einen Sozialstaat unwürdige Obdachlosigkeit ist zu bekämpfen. Trotz aller Lippenbekenntnisse gibt es keine entsprechenden finanziellen Anstrengungen des Bundes. Angesichts von 150 000 auf der Straße lebenden Menschen sowie einer Million von Obdachlosigkeit bedrohter Personen – darunter 50 000 Kinder – sind entsprechende Mittel bereitzustellen.

#### 10. Familien stärken, Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben fördern, Gleichstellung von Frauen voranbringen

Die Familie ist als das wichtigste soziale Netz zu stärken. Ein wichtiger, erster Schritt ist mit der Neuordnung und Verbesserung des Familienleistungsausgleichs gelungen.

Frauen ist eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. Dafür ist ein Gleichstellungsgesetz zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft notwendig. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Männer und Frauen Familien- und Berufsleben miteinander vereinbaren können.

Notwendig hierfür sind vor allem ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für Kleinst- und Schulkinder und die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, tarif- und arbeitsrechtlich abgesicherte Regelungen bei flexiblen Arbeitszeiten, flexiblere Möglichkeiten der Elternfreistellung, Entlastung bei Einkommensausfällen aufgrund von Kindererziehung, ausreichende und bezahlbare Wohnungen für Eltern und Kinder sowie eine familien- und kinderfreundliche Ausrichtung der Lebensumwelt. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen zu mehr Erwerbsbeteiligung von Frauen, stärken somit unsere sozialen Sicherungssysteme und wirken sich positiv auf die Entscheidung für Kinder aus. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz müssen Tageseinrichtungen geschaffen werden. Der Bund hat hier finanzielle Verantwortung zu übernehmen, indem er sich im Rahmen eines zeitlich befristeten Aktionsprogramms an den Investitionskosten beteiligt.

Der Splittingvorteil bei der Einkommensbesteuerung muß für hohe Einkommen maßvoll begrenzt werden. Die damit freiwerdenden Mittel sind für den weiteren Ausbau der Familienförderung einzusetzen.

#### 11. Der Jugend Perspektiven bieten

Die Bundesregierung hat endlich eine moderne konzeptionelle Weiterentwicklung der Jugendpolitik zu erarbeiten. Der Jugendförderung ist entschiedene Priorität einzuräumen. Nicht-handeln gefährdet hier nicht nur die Zukunft junger Menschen, sondern auch die Zukunft unserer Gesellschaft, denn für viele junge Menschen – nicht nur in Ostdeutschland – ist die Zeit geprägt von berechtigten Zukunftsängsten, fehlenden Ausbildungsplätzen und Arbeitslosigkeit, mangelnden beruflichen Bildungschancen, von Wohnungsproblemen und gesellschaftlicher Desorientierung, die zu einer wachsenden Bereitschaft zur Radikalität führen.

Um für die Jugend Perspektiven zu eröffnen, sind wirksam die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Aus- und Weiterbildungssituation zu verbessern, den Wohnbedürfnissen junger Menschen Rechnung zu tragen, Desorientierung abzubauen und damit der Radikalisierung entgegenzuwirken. Bei all diesen Maßnahmen ist der besonderen Situation von Mädchen und jungen Frauen Rechnung zu tragen. Mit einer verstärkten Förderung und der damit verbundenen Anerkennung ehrenamtlichen Engagements soll die Jugendverbandsarbeit in die Lage versetzt werden, eine zeitgemäße Infrastruktur aufzubauen und zu erhalten.

Die wiederholten Kürzungen und Streichungen im Zivildienst sind zurückzunehmen. Es geht nicht an, den Zivildienstleistenden und ihren Einsatzstellen gesamtgesellschaftliche Aufgaben abzuverlangen und ihnen gleichzeitig die Anerkennung für ihre Arbeit zu versagen.

## 12. Zunehmender internationaler Verantwortung gerecht werden

Von dem nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Konfliktes im internationalen Ansehen gewichtiger gewordenen Deutschland wird zunehmend mehr Bereitschaft verlangt, bei der Regelung von Konflikten Mitverantwortung zu übernehmen. Dies gilt insbesondere für die Vielfalt von zivilen Hilfen in Friedensprozessen bei internationalen Konflikten und bei Bürgerkriegen. Das Beispiel Jugoslawien hat gezeigt, daß Deutschland neben der notwendigen politischen Solidarität auch zu größerem materiellen Engagement bereit sein muß. Zur Stärkung von Mechanismen zur Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung sind Organisationen wie z. B. die OSZE mehr zu unterstützen als bisher. Daneben sind verstärkt bilaterale Hilfsmaßnahmen zu fördern, die die Wiederherstellung und Förderung demokratischer Strukturen sowie menschlicher Lebensverhältnisse für die Betroffenen zum Ziel haben.

Aufgrund der weltweiten Konflikte steigt die Zahl der humanitären Notsituationen und das Ausmaß von Flüchtlingsbewegungen weiter dramatisch an. Die Mittel der deutschen humanitären Hilfe bleiben immer weiter hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Eine realistische finanzielle Ausstattung der deutschen humanitären Hilfe ist dringend erforderlich. Dazu gehört auch eine stärkere Unterstützung der Arbeit des UNHCR, der UNRWA, des IKRK und wichtiger in diesem Bereich tätiger Nichtregierungsorganisationen.

Der Prävention von Menschenrechtsverletzungen kommt eine immer drängendere Bedeutung zu. Daher müssen die bestehenden internationalen Menschenrechtsinstrumente materiell in die Lage versetzt werden, diesen wichtigen Aufgaben gerecht zu werden.

## 13. Entwicklungszusammenarbeit verstärken

Die Mittel für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sind schrittweise unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Bundes so aufzustocken, daß die Bundesregierung die vom Bundeskanzler im Rahmen der Konferenz von Rio gegebene Verpflichtung, dafür 0,7 % des Bruttonationalprodukts aufzubringen, erfüllen kann. Schwerpunkte sollen in folgenden Bereichen gesetzt werden: Stärkung der inneren Potentiale der Entwicklungsländer, Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und Technologie, Intensivierung des Umweltschutzes, Eindämmung des Bevölkerungswachstums, Förderung der regionalen Zusammenarbeit. Hierbei sind die Prioritäten so zu setzen, daß die notwendigen Maßnahmen und Programme zur Frauenförderung durchgeführt werden können. Die Mittel sollen insbesondere jenen Entwicklungsländern zugutekommen, die eine entwicklungsorientierte Politik verfolgen. Die Beträge der bilateralen Zusammenarbeit sind zu Lasten derjenigen Empfängerländer, die Menschenrechtsverletzungen begehen, und zugunsten der Länder des südlichen Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens umzuschichten.



#### 14. Die Bundeswehr umbauen

Der Öffentlichkeit und den Angehörigen der Bundeswehr sind endlich klare Vorstellungen vom Auftrag und von den Aufgaben der Bundeswehr darzulegen. Sicherheitspolitische Zielsetzung muß dabei unverändert der Wille zur weltweiten Entspannung, zur Rüstungskontrolle, zur humanitären Hilfe, zur friedlichen Konfliktbewältigung, zur Friedenssicherung und die Fähigkeit zur Verteidigung bleiben.

Die Chance für den wirklichen Umbau der Bundeswehr und des Verteidigungshaushaltes ist endlich zu ergreifen. Es sind Wehrstrukturkommissionen zu berufen, um eine saubere Analyse der grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzustellen und damit die Voraussetzung für längerfristig tragfähige Lösungen und ein zukunftsweisendes Bundeswehrkonzept zu schaffen. Die sicherheitspolitische Diskussion in unserem Lande ist durch die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen auf eine breite Basis zu stellen.

Der Verteidigungshaushalt ist in Umfang und Struktur Ausdruck der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes. Der Ansatz dieses Haushalts muß sich neben der Sicherstellung der für eine wirksame Verteidigung erforderlichen Mittel ebenso orientieren an den Bündnisverpflichtungen, der volkswirtschaftlichen Leistungskraft und an der Gesamtheit der Staatsaufgaben. Das Ziel einer verteidigungsfähigen Bundeswehr ist nur zu erreichen, wenn genügend Finanzmittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Es muß darauf geachtet werden, daß die Ausrüstung der Bundeswehr bündnisfähig ausgerichtet bleibt. Grundsätzlich sind dabei die Möglichkeiten für eine langfristige Senkung des Anteils des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt auszuschöpfen.

Eine allgemeine Wehrsolderhöhung ist schon lange überfällig, denn die letzte Anpassung liegt bereits über drei Jahre zurück. Ein Konversionsfonds mit einer angemessenen finanziellen Ausstattung wird benötigt, um die zum Teil einschneidenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung regional zu mildern.

#### 15. Die Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität schützen

Gewalt und Kriminalität sind entschiedener zu bekämpfen. Die Kriminalität ist in den vergangenen Jahren, vor allem qualitativ, deutlich angestiegen; die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft hat in besorgniserregender Weise zugenommen. Zunehmend zu einer Bedrohung für unser demokratisches Staatswesen wird insbesondere die sich dramatisch ausbreitende organisierte Kriminalität mit mafiaähnlichen Strukturen – nicht zuletzt in Verbindung mit Korruption –, die gezielt wieder zurückgedrängt werden muß.

Deshalb muß die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten diesen Entwicklungen durch soziale, präventive und repressive Maßnahmen entschieden entgegenreten. Dabei ist es zwingend notwendig, eine inhaltliche und organisatorische

Neukonzeption der mit Polizeibefugnissen ausgestatteten Bundeseinrichtungen (BKA, BGS, Zoll) vorzunehmen, um sie in die Lage zu versetzen, konzentriert und ohne Reibungsverluste die Bekämpfung der länderübergreifenden und internationalen Kriminalität vorzunehmen. Praktikable und rechtsstaatlich verantwortbare Vorschriften zum Einzug kriminell erworbenen Vermögens und elektronisch-akustische Überwachungsmöglichkeiten auch in Wohnräumen sind erforderlich, um die Gefahren der organisierten Kriminalität für unseren Staat abzuwehren.

Politische Bildungsarbeit ist eine wesentliche präventive Maßnahme gegen ein Klima der Gewaltbereitschaft und deshalb vom Staat zu unterstützen. Insbesondere die politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern ist zu fördern, damit dort kontinuierliche Strukturen vor Ort aufgebaut werden.

Dem inneren Frieden in diesem Lande dient es, wenn die Bundesregierung verstärkte Anstrengungen für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern unternimmt.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die Umsetzung des für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge gesetzlich verankerten besonderen Aufenthaltsstatus darf nicht an der Finanzierungsfrage scheitern. Der Bund muß sich deshalb endlich zu einer Kostenbeteiligung bereitfinden.

#### 16. Unternehmensbesteuerung und Gemeindefinanzen reformieren

Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung hat eine Verbesserung der Steuerstruktur im Vordergrund zu stehen, um Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Die Förderung ist dabei zu konzentrieren auf Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung, Ausbildung und Ökologie. Derart gezielte Maßnahmen sind einer bloßen Senkung von Steuersätzen oder dem von der Bundesregierung geplanten Abbau der Gewerbesteuer vorzuziehen. Die Position der Bundesregierung zur Gewerbesteuer insgesamt ist widersprüchlich: Während nach der Koalitionsvereinbarung die vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer vorgesehen ist, stellt der Bundesminister der Finanzen eine verfassungsrechtliche Absicherung der Gewerbeertragsteuer in Aussicht. Die Bundesregierung muß unverzüglich ihre wahren Absichten offenlegen. Eine Gewerbesteuerreform kann nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft und im Einvernehmen mit den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. Notwendig ist eine Gemeindefinanzreform mit dem Ziel, die Finanzkraft der kommunalen Ebene zu stärken.

#### 17. Zu solider Haushalts- und Finanzpolitik zurückkehren

Wir brauchen wieder einen Finanzminister, der durch Vorlage eines ehrlichen, realitätsgerechten Haushaltsentwurfs für Berechenbarkeit und Planbarkeit des Budgets steht. Das notwendige Vertrauen von Wirtschaft und Bevölkerung in die Stabilität der Finanzpolitik wird untergraben, wenn der Bundesminister der Finanzen

- den Haushalt ohne angekündigte Begleitgesetze vorlegt,
- Luftbuchungen einsetzt (wie bei der Kürzung der Arbeitslosenhilfe, der Lufthansaprivatisierung oder dem Postbankverkauf),
- nach Beliebigkeit Etatposten verschiebt (wie beim Vorziehen des Fälligkeitstermins bei der Mineralölsteuer),
- unabweisbare Bedarfe systematisch ignoriert (wie bei der Bundesanstalt für Arbeit),
- das u. a. durch die Steuerausfälle verursachte Haushaltsloch nicht mit einer umfassenden, haushaltsrechtlich gebotenen Ergänzungsvorlage schließt, sondern in einer Nacht- und Nebelaktion mit dem „Waigel-Wisch“.

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung muß gebremst werden, damit die Zinsausgaben nicht einen immer größeren Teil der Steuereinnahmen auffressen. Es sind energische Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen und die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Die Staatsfinanzen sind mit dem folgenden mittelfristig angelegten Konsolidierungskonzept zu sanieren:

- Vor allem sind umwelt- und sozialverträgliches Wachstum und Beschäftigung zu fördern; nur wenn die Steuereinnahmen dadurch verbessert und die Kosten der Arbeitslosigkeit verringert werden, kann eine durchgreifende Konsolidierung der Staatsfinanzen gelingen.
- Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote kann angesichts der bereits erreichten zu hohen Belastung mit ihren negativen Effekten auf Wirtschaft, Beschäftigung und Lebensqualität zur Sanierung der Staatsfinanzen keinesfalls in Betracht kommen. Innerhalb dieser Quote sind allerdings Umschichtungen vorzunehmen, um umwelt- und sozialverträgliches Wachstum und Beschäftigung zu stärken und um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.
- Der – bereinigte – Ausgabenanstieg ist auf einen Zielkorridor zu begrenzen, der spürbar unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegt, sofern die konjunkturelle Lage dies erlaubt. Nur so sind die Staatsfinanzen mittelfristig aus der Schuldenfalle zu befreien. Um dieses Ziel zu erreichen, sind zusätzliche Ausgaben vorrangig durch Umschichtungen und Einsparungen zu finanzieren.
- Wirtschaftskriminalität, Korruption, steuerlicher Mißbrauch, Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung sind endlich konsequent zu bekämpfen; gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und den Mißbrauch sozialer Leistungen ist entschieden vorzugehen.
- Der Abbau überflüssiger und ungerechter Steuervergünstigungen ist weiterhin ernsthaft zu verfolgen. Der von der Fraktion der SPD durchgesetzte Abbau von Steuervergünstigungen beim Jahressteuergesetz 1996 darf nur ein An-

fang gewesen sein. Der Abbau steuerlicher Vergünstigungen ist auch ein Schritt hin zur Steuervereinfachung.

- Soweit neue Subventionen volkswirtschaftlich unvermeidlich sein sollten, sind sie grundsätzlich degressiv auszugestalten und zeitlich zu befristen.
- Konsequente Sparmaßnahmen in umwelt-, sozial- wie beschäftigungsverträglicher Weise sind zwingend erforderlich, z.B. durch Abbau bürokratischer Verkrustungen, durch Einsparungen bei den Personalausgaben, insbesondere bei der Regierung selbst, durch Privatisierung der Aufgaben, die noch vom Staat erfüllt werden, aber von Privaten besser wahrgenommen werden können, durch drastische Kürzungen der als Öffentlichkeitsarbeit getarnten Regierungspropaganda.

Bonn, den 7. November 1995

**Rudolf Scharping und Fraktion**